

Schröder könnte ihm als Minister noch einmal die Kanzlerschaft streitig machen, war ohnehin seit dessen Herzanfall im Vorjahr geschwunden, und er hielt es nun nicht mehr für nötig, den eifrigen Befürworter einer kleinen CDU/FDP-Koalition auf den Repräsentationssessel in der Villa Hammer Schmidt fortzuloben.

Immerhin beschloß die Frühstücksrunde, Schröders Bereitschaft zur Kandidatur noch durch den CDU-Generalsekretär Bruno Heck prüfen zu lassen. Aus seinem Urlaubsort Locarno ließ der Verteidigungsminister wissen, er wolle kandidieren, aber nur, wenn die CDU ihn ohne vorherige Kampf abstimmung gegen Weizsäcker präsentierte.

Dieser Extra-Wunsch kam dem Kanzler gelegen. Das Auswahl-Trio Kiesinger, Kohl und Barzel einigte sich nun endgültig auf Weizsäcker, dem die Kundigen der Partei schon seit Monaten keine Chance gegen Schröder mehr gegeben hatten.

Das Votum Kiesingers, der in keiner seiner drei Berliner Parteitage reden für einen CDU-Bundespräsidenten plädierte, könnte die Wahl Heinemanns sichern. Denn der SPD-Kandidat braucht für einen Sieg im ersten oder zweiten Wahlgang mindestens 69 der 84 FDP-Stimmen in der Bundesversammlung, und dem unprofilierter CDU-Mann Weizsäcker ist kaum zuzutrauen, daß er Heinemann diese Stimmen streitig machen kann. Ein SPD-Staatsobershaupt aber würde zu der von Kiesinger in Berlin anvisierten Fortsetzung der Großen Koalition über 1969 hinaus passen.

Eine Weizsäcker-Kandidatur würde auch die Taktik der FDP-Spitze begünstigen, ihre Wahlmänner geschlossen dem SPD-Mann zuzuführen; bei einer Kandidatur Schröders, der in der FDP Sympathien genießt, wäre das schwerer möglich.

Eingestandene Heinemann-Gegner gibt es unter den Freien Demokraten ohnehin kaum. IOS-Repräsentant Mende, der gegen den Justizminister stimmen wollte, hat inzwischen vor der Bundestagsfraktion gelobt, er werde sich einer Mehrheitsentscheidung anschließen.

Aber als in der CDU das Rennen für Weizsäcker schon gelaufen schien, entschloß sich der urlaubsfrische Schröder zum Kampf. In Gesprächen mit Parteitage delegierten wertete er seinen Konkurrenten Weizsäcker ab: „Die SPD hat mit der Ernennung von Heinemann die CDU herausgefordert. Die Union muß darauf mit einer Persönlichkeit antworten, die auch in der Partei politisches Profil hat.“ Schröders letzte Chancen liegen nun bei seiner norddeutsch-evangelischen Haustruppe in der 70-Mann-Kommission.

Eine Woche vor der endgültigen Nominierung gaben sich beide CDU-Bewerber zuversichtlich.

Schröder: „Ich bin sicher, daß sich meine Auffassung in der Union durchsetzen wird.“

Weizsäcker: „Das kann alles noch werden. Mehr sage ich nicht, denn jetzt habe ich meine Sprache verloren.“

AFFÄREN

Ganz hübsch

Beate Klarsfeld, geborene Künzel, 29, von Beruf „selbständig politisch tätig“, sprach ins Mikrophon: „Ich habe Bundeskanzler Kiesinger geohrfeigt, weil ich der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt beweisen wollte, daß ein Teil des deutschen Volkes, ganz besonders aber seine Jugend, sich dagegen auflehnt, daß ein Nazi an der Spitze der Bundesregierung steht.“

Das war Ende der vorletzten Woche in Paris, Avenue de Versailles 196. Klarsfeld-Gatte Serge, Direktionsassistent einer Export-Firma, nahm die Aussage seiner in Berlin geborenen, durch Heirat Französin gewordenen Ehefrau auf Tonband.

Dann machte sich die Berlinerin auf in ihre Vaterstadt — Kiesinger tagte dort mit der CDU —, um ihrem Tonbandtext die Tat folgen zu lassen. Doch

te Bindehautentzündung. Später bestätigte der eilends herbeigerufene Dr. Eberhard Kleberger, Professor für Augenheilkunde, die Diagnose. Die frühere Gesundheitsministerin Schwarzhaupt und die Witwe des ehemaligen Bundestagspräsidenten Ehlers boten ihrem Parteichef Sonnenbrillen an.

Unterdessen wurde die Täterin in einem Nebenraum vernommen. Des Kanzlers Berlin-Beauftragter Ernst Lemmer, 70, versuchte ihr gut zuzureden: „Wollen Sie nicht mit mir sprechen? Ich könnte doch Ihr Großvater sein.“ Beate Klarsfeld antwortete: „Das will ich gerne; aber ich bleibe bei meiner Auffassung, daß an der Spitze des Staates kein ehemaliger organisierter Parteigenosse stehen darf. Ich werde ihn verfolgen, wo immer ich ihn verfolgen kann.“ Lemmers Resümee: „Das ist eine unbefriedigte junge Frau. Dabei sähe sie sogar ganz hübsch aus, wenn sie nicht so blaß wäre.“

Zwei Stunden später, auf der abschließenden Pressekonferenz, gab



Opler Kiesinger, Angreiferin Beate Klarsfeld: „Ich werde ihn verfolgen“

erst am Donnerstag, dem letzten Tag des Parteikonvents, gelang es Beate Klarsfeld, mit einem französischen Presseausweis in die nur nachlässig bewachte Kongreßhalle zu kommen. CDU-MdB Margot Kalinke sprach am Rednerpult über das Aktionsprogramm der Union, der Kanzler gab am Vorstandstisch Autogramme.

Da, um 10.55 Uhr, schritt Beate Klarsfeld zur Aktion. Als wolle sie ein Autogramm, pirschte sie sich an den Kanzler heran; mit dem Ruf „Nazi, Nazi“ schlug sie ihm von hinten mit dem Handrücken ins Gesicht.

Der Kanzler erstarrte, dann hielt er sich das linke Auge zu. CDU-Generalsekretär Heck und Sicherheitsbeamte sprangen auf, rissen die Angreiferin zurück und ließen sie abführen. Kiesinger ahnungslos: „War das die Klarsfeld?“ Sie hatte ihn schon früher von der Zuschauertribüne des Bundestages und in Briefen an den Pariser „Combat“ als Nazi geschmäht.

Parteisprecher Dr. med. Arthur Rathke untersuchte das verletzte Kanzler-Auge und konstatierte: leicht-

sich der Kanzler galant: Die „körperliche Attacke“ einer jungen Frau wolle er nicht so ernst nehmen. Aber dann unterzeichnete er im Auto auf dem Weg zum Flughafen doch noch einen Strafantrag.

Er folgte dem Drängen seiner juristischen Berater, die eine günstige Gelegenheit sahen, der Kiesinger-Feindin einen Denkkzettel zu verpassen, ohne dabei das Risiko eines Prozesses eingehen zu müssen, bei dem die Kanzler-Vergangenheit diskutiert würde. Kanzler-Referent Neusel zu seinem Chef: „Hier geht es eindeutig nur um Körperverletzung.“

Um 17.41 Uhr desselben Tages eröffnete Amtsgerichtsrat Eberhard Drygalla vor dem Bereitschaftsgericht des Amtsgerichts Tiergarten die Verhandlung (siehe „Gerhard Mauz“ Seite 32). Zwei Stunden später erging das Urteil gegen Beate Klarsfeld: ein Jahr Gefängnis.

* Beate Klarsfeld wird am 2. April 1968 von der Zuschauertribüne des Bundestages gewiesen, nachdem sie von dort Zwischenrufe gegen Kiesinger gemacht hat.